

Köniz, 29. Mai 2012

## Medienmitteilung

### Einsetzung einer PUK für das Tram Region Bern (TRB)

Was wusste der Gemeinderat von Köniz wirklich als er an der Parlamentsabstimmung vom letzten November mit nachweislich falschen Fakten argumentierte?

---

**Exponenten des Könizer Gemeinderats argumentierten mehrfach mit nachweislich falschen Fakten über den zweiten Planungskredit für TRB. Die FDP.Die Liberalen fordern deshalb die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) um Klarheit zu schaffen und das Vertrauen in die Exekutive wieder herzustellen.**

Der Zeitplan für den Baubeginn des „Tram Region Bern“ schien unter einem enormen Zeitdruck zu stehen. Zumindest argumentierten die Exekutivbehörden in den Parlamenten der Gemeinden Stadt Bern, Ostermundigen und Köniz so und erzeugten dadurch Druck auf die Parlamente. Es wurde mehrfach betont, dass der Bund nur dann einen Beitrag aus dem Infrastrukturfonds leistet, wenn der Baubeginn vor Ende 2014 erfolgen kann.

Dem widerspricht der Bundesrat klar: *„Es trifft nicht zu, dass der Kanton Bern Bundesbeiträge verlieren würde, wenn die Realisierungsarbeiten an den genannten Massnahmen erst nach dem Jahre 2014 starten“* (vgl. Antwort des Bundesrates vom 09.05.2012 auf die Anfrage Wasserfallen „Bundesbeiträge aus dem Agglomerationsprogramm für ‚Tram Region Bern‘“). Die bisher falsche Behauptung der Exekutivbehörden hinterlässt nicht nur einen fahlen Nachgeschmack, sondern erfordert klärende Schritte.

Insbesondere in Köniz wurde das Argument des Zeitdruckes heftig betont und war ein zentrales Argument im Rahmen der Parlamentsdebatte vom 14. November 2011. Bekannterweise kam ein Ja zu der Abstimmung nur mit dem Stichentscheid der Parlamentspräsidentin zu Stande. Die FDP.Die Liberalen Köniz sind überzeugt, dass das Argument des Zeitdruckes wesentlich zum Abstimmungsresultat beigetragen hat!

Die FDP.Die Liberalen stellen fest, dass wir mit unserem, in der Parlamentssitzung vom 14. November geäusserten Votum, Recht erhalten haben. Wir wiesen die Exekutive darauf hin, dass es sich bei der Drohung des Verlustes von Bundesgeldern lediglich um einen Trick der Exekutivbehörde handelt. Die zuständige Gemeinderätin, Katrin Sedlmayer, antwortete damals auf diesen Vorwurf (Zitat, gemäss Parlamentsprotokoll): *„Der Zeitdruck, jetzt Ja zum Tram sagen zu müssen, sei ein Trick der Exekutive, wurde festgehalten. Dem ist nicht so, sondern das ist eine Vorgabe des Bundes, der die Gelder bis spätestens 2014 spricht. Diese Mittel müssen bis zu diesem Zeitpunkt abgeholt werden, weil sie sonst einer anderen Region zugesprochen werden“*.

Die FDP.Die Liberalen Köniz fordert die Einsetzung einer PUK um herauszufinden, wie es zu dieser inhaltlich relevanten Falschaussage gekommen ist. Die Gemeindeparlamente und insbesondere das von Köniz wurden klar getäuscht.



U. a. müssten folgende Punkte durch eine PUK geklärt werden:

1. Auf was für mündliche und/oder schriftliche Unterlagen basierte die Kommunikation der Könizer Exekutive zum Zeitpunkt der Parlamentssitzung im November 2011?
2. Waren einzelne Mitglieder der Könizer Exekutive bereits **vor** der Parlamentssitzung im Wissen, dass der Zeitdruck 2014 nicht zutrifft? Wenn Ja, wieso wurde dieser Sachverhalt nicht kommuniziert und sogar noch bestritten?
3. Zu welchem genauen Zeitpunkt wurde die Könizer Exekutive informiert, dass die Bundesgelder bei einem Baubeginn nach 2014 nicht verloren gehen würden? Warum wurde die Legislative darüber nicht umgehend informiert?

Alle Mitglieder der Könizer Legislative und Exekutive (und zwar unabhängig Ihrer Haltung zum „Tram Region Bern“) müssten an einer raschen Klärung des Sachverhaltes interessiert sein. Falschaussagen von dieser Grössenordnung müssen geklärt werden, um das Vertrauen der Legislative in die Exekutive wieder herzustellen. Das „Tram Region Bern“ ist für die Bürgerinnen und Bürger und somit für den Steuerzahler von grosser Bedeutung und erfordert eine vertiefte und unabhängige Abklärung.

---

**Kontakt:**

Hans-Peter Kohler, Fraktionspräsident (079 508 62 39)